Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/6811

27. 03. 90

Sachgebiet 63

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Stratmann, Frau Vennegerts und der Fraktion DIE GRÜNEN

zum Gesetzentwurf der Bundesregierung
— Drucksachen 11/6400, 11/6763, 11/6775 —

Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Bundeshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 1990 (Nachtragshaushaltsgesetz 1990)

hier: Einzelplan 60
Allgemeine Finanzverwaltung

DDR-Sofortprogramm 1990: Für die Verbesserung der Lebensverhältnisse in der DDR

Der Bundestag wolle beschließen:

Mit einem „Soforthilfeprogramm 1990" in Höhe von 30 Mrd. DM sollen durch öffentliche Transferleistungen an die DDR, die infrastrukturellen Voraussetzungen für eine Stärkung der wirtschaftlichen Eigenkräfte in der DDR geschaffen werden.

I. Soforthilfeprogramm 1990

In Kapitel 60 04: Sonderleistungen des Bundes wird eine neue Titelgruppe 06: „DDR-Soforthilfeprogramm 1990" in Höhe von 30 000 Mio. DM ausgebracht. Das Programm besteht aus drei Schwerpunkten:

1. Ökonomische Stabilisierung

   Schrittweise Konvertierbarkeit der DDR-Mark statt überstürzter Währungsunion!

   Es wird ein Devisenfonds mit einem Volumen von 15 Mrd. DM bereitgestellt. Mit diesen Mitteln wird das Wechselkursverhältnis bei einem Kurs von 1 DM:3 DDR-Mark gestützt. Dies entspricht 45 Mrd. DDR-Mark. Die eingetauschten DDR-Mark werden teilweise stillgelegt und teilweise zur Finanzierung der sozialen Sicherheit in der DDR aufgewandt (siehe unten: Punkt III). Dieser Schritt, der schnell und unbürokratisch umgesetzt

werden kann, ist ein erster Schritt in Richtung freie Konvertibilität. Die Devisenknappheit in der DDR wird dadurch zwar nicht beseitigt, aber ein fühlbarer Beitrag zur Stabilisierung der DDR-Wirtschaft und damit zur Verhinderung eines Massenexodus geleistet.

a) Devisenfonds für Betriebe (10 Mrd. DM)

Die Betriebe in der DDR werden durch Versorgungsengpässe behindert, die wiederum bei ihnen Lieferschwierigkeiten verursachen. Die Abwanderung vieler qualifizierter Kräfte verschärft dieses Problem. Die Gefahr besteht, daß im Grunde arbeitsfähige Betriebe wegen fehlender Vorleistungen bestimmte Produktionen einstellen müssen oder ganz zum Stillstand kommen. Um eine Kettenreaktion von Betriebsschließungen, Arbeitslosigkeit, Abwanderung und weiterer Betriebsschließungen zu verhindern, müssen diese Betriebe stabilisiert werden.

Die wichtigsten Vorleistungen aus der Bundesrepublik Deutschland oder anderen Ländern sollen aus diesem Devisenfonds gegen Eintausch von DDR-Mark finanziert werden, wofür in einem ersten Schritt 10 Mrd. DM = 30 Mrd. DDR-Mark bereitgestellt werden. Bei der Mittelvergabe sind qualitative Kriterien, z. B. die Einhaltung von bundesdeutschen Umwelt- und Sicherheitsnormen, mit zu beachten.

b) Devisenfonds für Private (5 Mrd. DM)

Auch für private Haushalte soll die Möglichkeit geschaffen werden, in einem begrenzten Umfang Devisen gegen DDR-Mark zu erhalten, um dringend benötigte Güter einkaufen zu können, die nur für Devisen zu bekommen sind. In diesen Zusammenhang gehört auch die Ausstattung des Reisedevisenfonds.

c) Starthilfeprogramm für Klein- und Mittelbetriebe (3 Mrd. DM)

Die Gründung und Erweiterung von Klein- und Mittelbetrieben, insbesondere im Handwerks- und Dienstleistungssektor, kann bei konsequenter Förderung relativ schnell positive Auswirkungen in folgenden Bereichen haben: Schaffung neuer Arbeitsplätze, Verbesserung der Versorgungslage von Bevölkerung und Betrieben, höhere Elastizität und Anpassungsfähigkeit der Gesamtwirtschaft. Ein Programm zur Förderung von Klein- und Mittelbetrieben muß angesichts der schwierigen Lage in der DDR aus einer Kombination von verlorenen Zuschüssen (Eigenkapitalhilfe), in DDR-Mark rückzahlbaren Krediten und wirkungsvoller Beratung bestehen. Ca. ein Drittel der finanziellen Mittel für das Starthilfeprogramm sollte für verlorene Zuschüsse zur Verfügung stehen. Die Vergabe der Mittel an DDR-Betriebe darf nicht an den DDR-Institutionen vorbei erfolgen.

d) Fonds zur Stützung von Belegschaftsübernahmen (2 Mrd. DM)

Die Dezentralisierung von staatsmonopolistischen Strukturen erfordert eine möglichst breite Beteiligung der Bevöl-

kerung am Produktivkapital in konkurrenzfähigen Wirtschaftseinheiten, damit sich gemischtwirtschaftliche Strukturen entwickeln können.

Die Unterstützung belegschaftseigener Unternehmen hat neben positiven Effekten auf die individuelle Motivation des Wirtschaftens auch eine regionale und örtliche Integration der Beschäftigten in das wirtschaftliche Leben der DDR zur Folge und bietet Anreize, innerhalb der gewachsenen Unternehmensstrukturen Initiativen zur Dezentralisierung und Modernisierung zu ergreifen.

Es wird ein Investitionsfonds eingerichtet, der für Betriebe, die in Belegschaftshand weitergeführt werden, Investitionshilfen zur Verfügung stellt. Die Mittel sollen in Form einmaliger Eigenkapitalzuschüsse und zinsverbilligter Kredite gewährt werden.

2. Ökologische Stabilisierung

a) Für eine dezentrale Energieversorgung mit weniger Braunkohle und ohne Atomkraft

Alle Atomkraftwerke in der DDR sind nach übereinstimmender Expertenmeinung extrem unfallgefährdet und daher sofort stillzulegen. Ein Ersatz der installierten 1 800 MW-Atomkraftwerksleistung ergibt sich aus dem Herunterfahren energieintensiver, umweltbelastender und unökonomischer Industrieproduktionen wie etwa der Chlorelektrolyse, Kali- und Aluminumproduktion, der Energieeinsparung aufgrund der schrittweisen Aufhebung der Energiesubventionen und der vorübergehenden, kurzfristigen und subventionierten Stromimporte aus der Bundesrepublik Deutschland.

Parallel muß die Braunkohleverbrennung und -förderung reduziert werden. Der Neubau effizienter Heizkraftwerke mit Kraft-Wärme-Kopplung in Ost-Berlin, Greifswald und den Bezirksstädten ist vordringlich und finanziell zu unterstützen.

Beim Hausbrand führen Steinkohlelieferungen zu Emissionssenkungen. Energieeinsparung ist aktiv an vielen Punkten zu fördern – von der Wärmedämmung über Heizungsthermostate bis zu Energiesparlampen. Entsprechende Liefer- und Produktionskooperationen sind zu unterstützen.

Für den Energiebereich rechnen wir mit einer Belastung des Bundeshaushaltes von ca. 2 Mrd. DM.

b) Altlastensanierung, Abfallvermeidung und sichere Deponierung des Restabfalls; Flüssesanierung und Abwasserreinigung (2 Mrd. DM)

Die Deponie Schönberg ist ein abschreckendes Beispiel für die Sünden der Vergangenheit. Heute geht es darum, nicht nur die Altlasten aus der Vergangenheit zu beseitigen bzw. die von ihnen ausgehenden Gefahren einzudämmen, sondern auch vorsorglich Abfall- und Abwasseraufkommen zu reduzieren bzw. möglichst umweltverträglich zu entsorgen.

Elementare Voraussetzungen hierfür sind eine Erhöhung der Anschlußquote an die Kanalisation und der beschleunigte Bau von Kläranlagen. Bei der Sanierung der DDR-Flüsse und -Gewässer sind gemeinsame Schutzprogramme zu entwickeln, insb. bei Werra, Elbe und der Ostsee. Giftmüllexporte aus der Bundesrepublik Deutschland in die DDR sind zu unterbinden.

c) Ausbau des öffentlichen Verkehrs- und Nachrichtenwesens – Für eine umweltverträgliche Erschließung des ehemaligen „Zonenrandgebietes" beiderseits der Grenze (2 Mrd. DM)

Das Verkehrswesen in der DDR ist veraltet; große Teile des Schienenverkehrs werden noch auf einspurigen Strecken betrieben. Das Telefonnetz ist völlig unzureichend. Im Interesse einer intensiveren Kommunikationsmöglichkeit zwischen beiden Teilen Deutschlands und der wirtschaftlichen Entwicklung in der DDR hat die Bundesrepublik Deutschland hier Unterstützungsleistungen zu erbringen.

Das „Zonenrandgebiet" (auf beiden Seiten der innerdeutschen Grenze) hat sich erst in den letzten vierzig Jahren zur strukturschwachen Region entwickelt, weil das jeweilige Hinterland abgeschnitten und die Infrastruktur entwertet wurde. Eine Zonenrandförderung im ursprünglichen Sinne hat heute ihre Berechtigung verloren; allerdings ist eine öffentlich geförderte zügige Wiederherstellung der alten Verkehrsadern und ein Ausbau der ökolkogisch verträglichen Schienenverbindungen notwendig.

d) Für eine ökologisch verträgliche Stadterneuerung und Wohnungsmodernisierung (4 Mrd. DM)

In der DDR sind in der Vergangenheit zahlreiche Häuser unbewohnbar geworden und die Altstädte verfallen, da es an zahlreichen Baustoffen fehlt, z. B. Dachziegel, Isoliermaterial, Farben und Lacke. Stadterneuerungsprogramme werden maßgeblich dazu beitragen, neue, sozial abgesicherte und qualifizierte Arbeitsplätze in mittelständischen Betrieben zu schaffen und dadurch kann die sich abzeichnende Beschäftigungskrise gemildert werden. Darüber hinaus können durch gezielte Materialhilfe und ökonomische Anreize umfangreiche Selbsthilfepotentiale in der Bevölkerung aktiviert werden.

Außerdem bieten sich im Bereich der Wohnungsmodernisierung auch große Energiesparpotentiale, die es zu nutzen gilt.

Die Wohnungssanierung und -modernisierung kann auch dazu führen, überschüssige Kaufkraft abzuschöpfen. Gegenwärtig können die Einkommen und Sparvermögen der Bürger/innen der DDR nicht entsprechend ihren Wünschen verwendet werden.

Erforderlich ist deshalb, zur Abschöpfung des Kaufkraftüberhangs neue Anlagemöglichkeiten zu schaffen. Eine Möglichkeit, die zur Zeit erwogen wird, ist der Verkauf von

Mietwohnungen an die Mieter. Zur Verhinderung von Immobilienspekulation und des Abbaus sozialer Standards im Mietrecht schlagen die GRÜNEN die Bildung von Wohngenossenschaften vor. Die Sparguthaben könnten so in Gründungsfonds für Genossenschaften oder zur Zeichnung von Wohnungsbauanleihen verwendet werden.

Selbst wenn eine solche Möglichkeit besteht, werden viele Bürger/innen zögern, ihre Ersparnisse zum Kauf von reparaturbedürftigen Wohnungen auszugeben. 40 Prozent der Wohnungen in der DDR stammen aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg, und zwei Drittel sind älter als fünfzig Jahre. Deshalb sollte die Bundesregierung als Sofortmaßnahme Darlehen zur Sanierung und Modernisierung bereitstellen. Pro Haushalt soll ein Maximalbetrag von 5 000 DM gelten.

3. Soziale Sicherheit (30 Mrd. DDR-Mark, die aus dem Aufkommen des Devisenfonds entnommen werden)

   Die DDR-Wirtschaft ist seit Öffnung der Grenzen in ungleich höherem Maße als vorher dem internationalen Wettbewerb ausgesetzt, dem sie in vielen Bereichen nicht gewachsen ist. Dies muß zu einer erheblichen Erwerbslosigkeit führen. Die Umstellung der Wirtschaft, die massenweise Abwanderung qualifizierter Arbeitskräfte und die Einführung der Marktwirtschaft tragen zusätzlich zu vermehrter Arbeitslosigkeit bei. Dadurch entstehen die bekannten Probleme einer wachsenden Verarmung breiter Bevölkerungsschichten. Die Einführung neuer sozialer Sicherungssysteme ist daher unbedingt erforderlich, wobei wir voraussetzen, daß die Höhe der Leistungen deutlich unter den Lohneinkommen, aber deutlich über den heutigen Renteneinkommen in der DDR liegt und entsprechend den allgemeinen Einkommenssteigerungen angepaßt werden.

   Da Staat und Wirtschaft der DDR derzeit hohen anderweitigen finanziellen Belastungen ausgesetzt sind, ist die soziale Sicherheit in der DDR aus eigener Kraft nicht zu gewährleisten.

   Es wird ein Solidarfonds eingerichtet, der der künftigen DDR-Regierung für folgende Leistungen zweckgebunden zur Verfügung steht:

   a) Soziale Grundsicherung (Sozialhilfe),

   b) Soziale Sicherung im Falle von Erwerbslosigkeit,

   c) Sicherung der Renten,

   d) Mietsubventionierung und/oder Wohngeld,

   e) Erhaltung und Verbesserung des Gesundheitswesens (einschließlich verbesserter Bezahlung des ärztlichen und pflegerischen Fachpersonals),

   f) Ausgleichszahlungen bei einer möglichen Preisreform.

II. Finanzierung des Sofortprogramms:

Insgesamt hat das Soforthilfeprogramm 1990 ein Volumen von 30 Mrd. DM. Die Deckung erfolgt durch:

a) 10 Mrd. DM durch Kürzungen im Verteidigungshaushalt

Der Einzelplan 14: – Verteidigung – wird entsprechend den GRÜNEN Anträgen zum Entwurf eines Haushaltsgesetz 1990 (vgl. BT-Drucksache 11/5749, 11/5798, 11/5836) um 8368 Mio. DM sowie einer globalen Minderausgabe in Höhe von 1632 Mio. DM, insgesamt um 10000 Mio. DM gekürzt.

b) 4 Mrd. DM aus dem Bundesbankgewinn

In Kapitel 60 02 Allgemeine Bewilligungen wird Titel 121 04 Anteil des Bundes am Reingewinn der Deutschen Bundesbank von 7000 Mio. DM um 4000 Mio. DM auf 11000 Mio. DM erhöht.

c) 7 Mrd. DM durch volle Besteuerung der Zinseinkünfte verbunden mit Kontrollmitteilungen

In Kapitel 60 01 Steuern und steuerähnliche Abgaben wird Titel 012 01: Veranlagte Einkommensteuer aufgrund korrekt und vollständig erhobener Einkommensteuer auf Zinseinkünfte von 14365 Mio. DM um 7000 Mio. DM auf 21365 Mio. DM erhöht.

d) 9 Mrd. DM durch Erhebung einer Ergänzungsabgabe für Bezieher höherer Einkommen (DDR-Solidarabgabe)

In Kapitel 60 01 Steuern und steuerähnliche Abgaben wird in Titel 042 01 eine Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer und zur Körperschaftsteuer in Höhe von 9000 Mio. DM erhoben (DDR-Solidarabgabe).

Bonn, den 27. März 1990

Stratmann
Frau Vennegerts
Hoss, Frau Schoppe, Frau Dr. Vollmer und Fraktion

Begründung

Zu I:

Die Bundesregierung und die SPD wollen der DDR eine marktwirtschaftliche Schocktherapie namens „Währungsunion" schmackhaft machen, indem sie mit harter D-Mark als Belohnung winken. Die verheerenden Folgen einer solchen überstürzt durchgesetzten Währungsunion sehen wir in der zu erwartenden dramatisch ansteigenden Arbeitslosigkeit und Armut in der DDR. Anstelle eines konsequenten ökologischen und sozialen Umbaus und Aufbaus erwarten wir bei einer sofortigen Währungsunion einen radikalen Einbruch großer Teile der DDR-Wirtschaft.

Es besteht kein Zweifel darin, daß die dringend erforderliche Hilfe zur Wirtschaftsreform in der DDR währungspolitisch abgesichert werden muß. Auch wenn langfristig eine Währungsunion als Pendant zur deutschen Einheit notwendig wäre, bleibt vorrangig die Frage nach dem richtigen Weg dorthin. Wir GRÜNEN lehnen das unverantwortliche Risiko einer sofortigen Währungsunion ab und

treten für Maßnahmen ein, die schrittweise die Stärke der DDR-Mark fördern und so die Voraussetzungen für eine freie Konvertibilität als Vorstufe zu einer späteren Währungsunion schaffen. Nur so kann sichergestellt werden, daß die am 18. März gewählte Regierung über eigenständige wirtschaftspolitische Handlungsspielräume im Interesse der Menschen in der DDR verfügt.

Zu II:

Das Argument der „nationalen Verantwortung" wird von der Bundesregierung dazu benutzt, die Lebenslage der sozial Schwachen in der Bundesrepublik Deutschland zu verschlechtern oder darauf zu verzichten, ihre Situation zu verbessern. Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und der materielle Reichtum sind in der Bundesrepublik Deutschland auf einem sehr hohen Niveau. Deshalb ist es möglich, sowohl Armut und Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik Deutschland zu überwinden als auch Transfers in die DDR zu leisten. Dabei muß insbesondere das obere Drittel der Einkommens- und Vermögensbezieher in der Bundesrepublik Deutschland zur Kasse gebeten werden, z. B. in Form einer „DDR-Solidarabgabe".

Einige Zahlen illustrieren den beträchtlichen materiellen Reichtum und die Einkommensdiskrepanzen in der westdeutschen Gesellschaft: Die Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen lagen im vergangenen Jahr bei über 500 Mrd. DM. Zum Vergleich: Für die 3,3 Mio. Sozialhilfeempfer/innen werden etwa 28 Mrd. DM/Jahr ausgegeben.

Der Geldvermögensbestand der privaten Haushalte hat Ende 1988 etwa 2,6 Billionen DM betragen. Gegenüber dem Vorjahr hat sich der Bestand an Geldvermögen um 180 Mrd. DM erhöht. Schon 1985 hielten die drei Konzerne Siemens, Hochtief und Daimler-Benz insgesamt 30 Mrd. DM in Geldanlagen bzw. bar vor.

Anhang: Finanzierung

Programm	Ausgaben	Finanzierung
1. Devisenfonds	15	Kürzung Verteidigungsetat 10
– für Betriebe	10	
– für private Haushalte, incl. Reisedevisen	5	Teil des Bundesbankgewinns 4
2. Kredite und Zuschüsse	5	
– Starthilfe für Klein- und Mittelbetriebe	3	Volle Besteuerung der Zinseinkünfte durch Kontrollmitteilungen 7
– Stützung von Belegschaftsübernahmen	2	
3. Ökologie-Fonds	10	
– Energie	2	Ergänzungsabgabe 9
– Altlasten	2	
– Verkehr/„Zonenrand"	2	
– Stadterneuerung und Wohnungsmodernisierung	4	
4. Sozialfonds	30 (DDR-Mark)	
Erläuterung s. u.		
Summe	30	30

Erläuterung zum Sozialfonds:

Der Sozialfonds in Höhe von 39 Mrd. DDR-Mark wird aus dem DDR-Mark-Aufkommen des Devisenfonds gespeist; es handelt sich hierbei um eine reine Transferleistung der Bundesrepublik Deutschland an die DDR.

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Telefon 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51, Telefax (02 28) 36 12 75
ISSN 0722-8333